

Eine Regierungschefin besiegt sich selbst. Die britischen Parlamentwahlen vom 8. Juni 2017

Roland Sturm

Dem Regierungswechsel von *David Cameron* zu *Theresa May* sollte nach Aussagen der neu- en Regierungschefin eine Phase entschlossener Politik zur Durchsetzung des Volkswillens folgen. Eine einzige Konservative Partei, geführt von einer kampfeslustigen Premierministerin, schien in der Lage, auch wegen einer schwachen Opposition im Parlament, die schwierigen Brexit-Verhandlungen erfolgreich zu gestalten. Das Land war nach dem Brexit-Referendum am 23. Juni 2016 politisch und gesellschaftlich gespalten.¹ *Theresa May* wollte diese Trennlinien überwinden. Baldige Neuwahlen schloss sie mehrfach aus, auch weil dies nur Unsicherheit verbreite, wo es auf politische Führung ankomme.² Bis 2020 wolle sie regieren, ließ sie verlauten.³

Am 18. April 2017 kündigte die Premierministerin aus heiterem Himmel eine Parlamentswahl für den 8. Juni 2017 an. Das Ergebnis der Wahl zeigte, dass sich *Theresa May*, wie schon ihr Vorgänger *David Cameron* bei der Brexit-Entscheidung, ermutigt durch Umfrageergebnisse hinsichtlich des Wählervotums verspekulierte. Wieder einmal bestätigte sich die Binsenweisheit, dass Umfrageergebnisse keine Wahlergebnisse sind. Das Ziel der Premierministerin, die parlamentarische Mehrheit der Konservativen auszubauen, verfehlte die Partei deutlich. *Mays* Konservative wurden zwar wieder zur stärksten Fraktion, verloren aber ihre absolute Mehrheit im Parlament. Um diese zu erreichen, schlossen die Konservativen ein Abkommen mit der nordirischen unionistischen Partei DUP (Democratic Unionist Party). Die Premierministerin geriet durch ihr Neuwahlexperiment in eine politisch schwächere Position als vor der Wahl, sowohl parlamentarisch als auch innerparteilich.

1. Zur Vorgeschichte der Wahl

Was bewog die britische Premierministerin, vorzeitige Neuwahlen anzustreben? Vier Gründe können genannt werden. Erstens: der Zeitpunkt schien günstig. Meinungsumfragen stellten einen Vorsprung der Konservativen Partei von zeitweise zwanzig Prozentpunkten vor der Labour Party fest. Ein großer Wahlsieg schien möglich. Dieser hätte, zweitens, die Position der Premierministerin innerparteilich gefestigt, ihr ein eigenes Mandat gegeben (2015 hatte ja ihr Vorgänger die Wahlen gewonnen) und ihre Position in den Verhandlungen mit der EU gestärkt. Ein Brexit-Wahlkampf mit *Theresa May* als strahlender Siegerin hätte sie in die Rolle der Vertreterin des umstrittenen Volkswillens in Brexit-Fragen gebracht. Drittens wäre die Premierministerin nicht länger durch kleine Gruppen von Hard-

1 Vgl. Roland Sturm, Brexit – das Vereinigte Königreich im Ausnahmezustand?, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 4, S. 878 – 892.

2 Vgl. George Parker / Henry Mance / Jim Pickard, May Calls Snap Election in Bid to Strengthen Hand in Brexit Talks, in: Financial Times vom 19. April 2017, S. 1.

3 Vgl. George Parker, May to ‚Make Brexit a Success‘ as UK’s First Female PM in 26 Years, in: Financial Times vom 12. Juli 2016, S. 1.

linern sowohl auf der Soft- als auch auf der Hard-Brexit Seite des politischen Spektrums ihrer Partei bei parlamentarischen Entscheidungen wegen ihrer knappen Parlamentsmehrheit von zuletzt 17 Stimmen erpressbar geblieben. Viertens galt es zu bedenken, dass der nächste turnusmäßige Wahltermin im Frühjahr 2020 mehr oder minder mit dem Zeitpunkt des voraussichtlichen EU-Austritts Großbritanniens 2019 zusammengefallen wäre. Dies bot allerlei politische Gefahren für die Wahlaussichten der Premierministerin wie ein in den Augen der Öffentlichkeit unbefriedigendes Verhandlungsergebnis, innerparteiliche Konflikte hinsichtlich der Brexit-Verhandlungen oder auch deren Verlängerung aus Zeitnot, was diese zur Unzeit zu einem Wahlkampfthema gemacht hätte.

Das britische Unterhaus wird auf fünf Jahre gewählt. Der Premierministerin war inzwischen die Möglichkeit genommen, schon vor Ablauf der fünf Jahre mit Blick auf einen demoskopisch günstigen Wahltermin die Königin zu bitten, das Parlament frühzeitig aufzulösen. Feste Wahlperioden waren eine der Bedingungen, die die Liberaldemokraten für ihren Eintritt in die Regierungskoalition 2010 gestellt hatten, um nicht von ihrem konservativen Koalitionspartner bei günstiger Gelegenheit durch Neuwahlen aus der Regierung gedrängt zu werden. Die für Westminstersysteme typische Konvention, dass der Regierungschef eine Parlamentsauflösung veranlassen kann, war 2017 noch so stark in der Politischen Kultur verankert, dass die Neuregelung, der Fixed-term Parliaments Act von 2011⁴, bestenfalls am Rande diskutiert wurde⁵, als *Theresa May* ihre Neuwahlidee lancierte.

Rechtlich war folgende Hürde zu nehmen: Vorzeitige Neuwahlen sind nach dem Fixed-term Parliaments Act nicht ausgeschlossen. Voraussetzung ist eine Auflösung des Parlaments mit einer Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten, also mit Zustimmung der Opposition. Alternativ werden vorzeitige Neuwahlen möglich, wenn das Unterhaus der Regierung das Misstrauen ausspricht und nicht spätestens 14 Tage danach ein Vertrauensvotum folgt. So werden Koalitionsregierungen wahrscheinlicher, weil Wahlsieger keine Minderheitsregierungen mehr bilden werden, um alsbald Neuwahlen auszurufen. Innerparlamentarisch verliert die Regierung die Möglichkeit, rebellische Hinterbänkler mit der Drohung früherer Neuwahlen zu disziplinieren. Nicht auszuschließen ist aber auch, dass eine Regierung, die frühzeitige Neuwahlen anstrebt, für ein „unechtes“ Misstrauensvotum sorgt.⁶ Der Labour Party-Vorsitzende *Jeremy Corbyn* reagierte programmatisch und nicht taktisch auf die Entscheidung der Premierministerin: „Labour will be offering the country an effective alternative to a government that has failed to rebuild the economy, delivered falling living standards and damaging cuts.“⁷

4 Vgl. *Andrew Blick*, Constitutional Implications of the Fixed-Term Parliaments Act 2011, in: *Parliamentary Affairs*, 69. Jg. (2016), H. 1, S. 19 – 35; *Philip Norton*, The Fixed-term Parliaments Act and Votes of Confidence, in: *Parliamentary Affairs*, 69. Jg. (2016), H. 1, S. 3 – 18; *Petra Schleiter / Valerie Belu*, The Decline of Majoritarianism in the UK and the Fixed-term Parliaments Act, in: *Parliamentary Affairs*, 69. Jg. (2016), H. 1, S. 36 – 52.

5 Die Konservative Partei kündigte in ihrem Wahlprogramm an, den Fixed-term Parliaments Act wieder abzuschaffen. Vgl. *The Conservative and Unionist Party Manifesto 2017, Forward Together. Our Plan for a Stronger Britain and a Prosperous Future*, London 2017, S. 43.

6 Vgl. *Raymond Youngs / Nicklaus Thomas-Symonds*, The Problem of the ‘Lame-Duck’ Government: A Critique of the Fixed-term Parliaments Act, in: *Parliamentary Affairs*, 66. Jg. (2012), H. 3, S. 540 – 556; *Petra Schleiter / Sukriti Issar*, Constitutional Rules and Patterns of Government Termination: The Case of the UK Fixed-Term Parliaments Act, in: *Government and Opposition*, 51. Jg. (2016), H. 4, S. 605 – 631.

7 Zitiert nach *George Parker / Henry Mance / Jim Pickard*, a.a.O. (Fn. 2), S. 1.

Am 19. April 2017 stimmten 522 Abgeordnete des Unterhauses für Neuwahlen, nur dreizehn stimmten dagegen. Die Scottish National Party (SNP) mit 56 Abgeordneten enthielt sich, was de facto einer Nein-Stimme gleichkommt, weil Enthaltungen keinen Beitrag zur erforderlichen Zweidrittelmehrheit liefern. Nur neun Labour-Abgeordnete, ein MP der nordirischen Social Democratic and Labour Party (SDLP) und drei unabhängige Abgeordnete stimmten teilweise auch aus persönlichen Gründen gegen die Parlamentsauflösung.⁸ Bemerkenswert ist die Haltung der Labour Party, die der Regierungschefin zur gewünschten Zweidrittelmehrheit für die Parlamentsauflösung verhalf. Die Partei hätte aus taktischen Gründen sich verweigern können, wodurch *Theresa May* gezwungen gewesen wäre, ein Misstrauensvotum ihrer eigenen Konservativen Partei gegen sich selbst zu inszenieren oder aber von Neuwahlen ganz abzusehen. Der Prestigeverlust der Premierministerin durch ein verlorenes Misstrauensvotum hätte für Labour im Wahlkampf hilfreich sein können. Aus heutiger Sicht wäre die beste Lösung für die Konservative Partei paradoxe Weise eine verhinderte Wahl gewesen, aber das erwarteten weder Labour noch die Konservativen. Die Wahl kam auch zu früh, um die geplante Reform der Wahlkreiseinteilung umzusetzen und die Zahl der Sitze im Unterhaus von 650 auf 600 zu reduzieren. Zur Zeit sind die Labour-Hochburgen im britischen Parlament noch überrepräsentiert.

2. Das Wahlergebnis

Die Parlamentswahl endete mit einem „hung parliament“, also einem Unterhaus ohne die absolute Mehrheit einer der beiden großen Parteien (vgl. Tabelle 1). Zwei der drei letzten Wahlen hatten dieses Ergebnis, so dass Zweifel laut werden, ob das relative Mehrheitswahl-System in Einerwahlkreisen (im Englischen First-Past-The-Post) noch wünschenswert ist. Bisher wurde die Tatsache, dass dieses Wahlsystem eine große Zahl von Stimmen (nämlich alle, die in einem Wahlkreis nicht für den siegreichen Kandidaten abgegeben wurden) unter den Tisch fallen lässt, dadurch gerechtfertigt, dass nur so klare parlamentarische Mehrheiten entstehen. Dies ist aber nun offensichtlich nicht mehr der Fall.

Die Konservative Partei konnte zwar ihren Stimmenanteil vergrößern, verlor aber dreizehn Parlamentssitze. Die Labour Party erreichte, entgegen aller Voraussagen, dass sie wegen ihres biederer Vorsitzenden *Jeremy Corbyn* und dessen linkssozialistischer Ideen der 1970er Jahre und wegen ihrer inneren Zerstrittenheit wohl bei dieser Wahl weitgehend marginalisiert werden würde, beachtliche vierzig Prozent der Wählerstimmen: beachtlich nicht nur wegen der Erwartungen im Vereinigten Königreich, sondern auch im Vergleich zum Abschneiden anderer westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien bei Wahlen. Die Liberaldemokraten, die sich erhofft hatten, zu alter Stärke (das hieß 40 bis 50 Abgeordnete) zurückzukehren wegen ihres Alleinstellungsmerkmals unter den gesamtbritischen Parteien, nämlich der Ablehnung des Brexit, wurden enttäuscht. Sie gewannen lediglich vier Mandate hinzu und sind nun mit zwölf Abgeordneten im Unterhaus vertreten. Der größte Wahlverlierer war die United Kingdom Independence Party (UKIP), die 2015 noch 12,6 Prozent der Wähler erreicht hatte. Ihr Niedergang zeichnete sich bereits bei den Kommunalwahlen am 5. Mai 2017 ab. Vor der Parlamentswahl hatte zudem der einzige

8 Vgl. Constitution Unit, Monitor 66, July 2017, S. 3 f., http://www.ucl.ac.uk/constitution-unit/publications/Monitor_66 (Abruf am 27. September 2017).

UKIP-Abgeordnete, *Douglas Carswell*, die Partei verlassen. 2017 wurde UKIP gerade noch von 1,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler unterstützt. Starke Einbrüche verzeichnete auch die Scottish National Party, die sich in der kurzen Wahlperiode seit 2015 zu einer wirksamen Oppositionskraft entwickelt hatte. Sie verlor 21 ihrer 56 Sitze.

Als Konsequenz des schwachen Abschneidens ihrer Parteien traten sowohl der Vorsitzende von UKIP, *Paul Nuttall*, als auch der Vorsitzende der Liberaldemokraten, *Tim Farron*, zurück. Nicht mehr im Unterhaus vertreten sind der frühere Fraktionsvorsitzende der SNP *Angus Robertson* und der frühere schottische Regierungschef und SNP-Vorsitzende *Alex Salmond*. Beide verloren ihre Sitze an Gegenkandidaten aus der Konservativen Partei. Wahlkreisverlierer war auch der Brexit-Sprecher der Liberaldemokraten, der frühere Vizepremierminister und Parteivorsitzende *Nick Clegg*.

Die sozio-demographische Zusammensetzung des Unterhauses ist näher an der Diversität der britischen Gesellschaft als je zuvor.⁹ Von den 650 Abgeordneten sind 32 Prozent beziehungsweise 208 weiblich (plus 17 im Vergleich zu 2015). Die Parteien hatten sich bemüht, die Zahl der Frauen im Parlament zu erhöhen. Die Konservative Partei lehnt Quoten ab, die von der Labour Party und den Liberaldemokraten als wirksames Instrument zur besseren Repräsentation eingesetzt werden. Die Konservativen versuchten, dieses Ziel mit einem Ausbildungs- und Anwerbungsprogramm für Frauen zu erreichen (Women-2Win). Bei Labour sind 45 Prozent der Fraktionsmitglieder weiblich, bei den Konservativen 21 Prozent. Auch das zahlenmäßige Gewicht von Abgeordneten, die der BAME-Gruppe zugerechnet werden (black and minority ethnic), hat sich im Unterhaus von 2017 verbessert. Zu dieser 20 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Gruppe¹⁰ gehören acht Prozent der Abgeordneten (52 MPs, 2015: 41). Hier sind die Parteien zahlenmäßig nicht weit auseinander: Labour mit 32 (zwölf Prozent der Fraktion), Konservative mit 19 Abgeordneten (sechs Prozent der Fraktion) und bei den Liberaldemokraten ein Abgeordneter (acht Prozent der Fraktion). Gewachsen ist auch die Gruppe der sich outenden LGBTQ-Abgeordneten (Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Queer). 45 Abgeordnete bekennen sich zu einer dieser sexuellen Orientierungen (sieben Prozent). Zwei MPs der Labour Party haben Behindertenstatus. Aus den Wahlen 2017 ging also ein bunteres Unterhaus hervor, das stärker als seine Vorgänger dem Selbstbild des Landes als Inbegriff einer offenen multikulturellen Gesellschaft entspricht.

Die Wahlbeteiligung ist im Vereinigten Königreich seit 2010 gewachsen, allerdings mit regionalen Differenzen (vgl. Tabelle 2). So fiel in Schottland der Mobilisierungseffekt des Unabhängigkeitsreferendums von 2014¹¹ weg, der die schottische Gesellschaft in hohem Grade polarisiert und zur hohen Wahlbeteiligung von 2015 beigetragen hatte. In Nordirland mobilisierte der Konflikt vor Ort, der zum Auseinanderbrechen der Allparteienregierung geführt hatte und zu einer Neuwahl des nordirischen Parlaments am 2. März 2017. Auch danach war eine einvernehmliche Regierungsbildung in Nordirland, wie sie vom Karfreitagsabkommen von 1998, der Quelle der nordirischen Autonomie, gefordert wird, nicht möglich.

9 Die folgenden Daten nach Constitution Unit, a.a.O. (Fn. 8), S. 10.

10 Vgl. die Website des Institute of Race Relations, <http://www.orr.org.uk/research/statistics/ethnicity-and-religion/> (Abruf am 16. Oktober 2017).

11 Vgl. *Roland Sturm*, Das Schottland-Referendum. Hintergründe und Einordnung, Wiesbaden 2015.

Tabelle 1: Ergebnis der Unterhauswahl im Vereinigten Königreich 2017

Partei	Sitze	Veränderung	Sitzanteil (in %)	Stimmen	Stimmenanteil (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
Conservative Party	318	-13	48,9	13.667.213	42,4	+5,5
Labour Party	262	+30	40,3	12.874.985	40,0	+9,5
Scottish National Party	35	-21	5,4	977.569	3,0	-1,7
Liberal Democrats	12	+4	1,8	2.371.772	7,4	-0,5
Democratic Unionist Party	10	+2	1,5	292.316	0,9	+0,3
Sinn Féin	7	+3	1,1	238.915	0,7	+0,2
Plaid Cymru	4	+1	0,6	164.466	0,5	-0,1
Green Party	1	±0	0,2	525.371	1,6	-2,1
United Kingdom Independence Party	0	-1		593.852	1,8	-10,8
Social Democratic and Labour Party	0	-3		95.419	0,3	±0,0
Ulster Unionist Party	0	-2		83.280	0,3	-0,1
Alliance Party	0	±0		64.553	0,2	±0,0
The Yorkshire Party	0	±0		20.958	0,1	±0,0
National Health Action	0	±0		16.119	0,1	±0,0
Christian Peoples Alliance	0	±0		5.869	0,0	±0,0
British National Party	0	±0		4.642	0,0	±0,0
Monster Raving Loony Party	0	±0		3.890	0,0	±0,0
Women's Equality Party	0	±0		3.580	0,0	±0,0
Pirate Party	0	±0		2.321	0,0	±0,0
English Democrats	0	±0		1.913	0,0	±0,0
Workers Revolutionary Party	0	±0		771	0,0	±0,0
Social Democratic Party	0	±0		469	0,0	±0,0
Andere	0	±0		186.675	0,6	+0,3

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach BBC, Election 2017, <http://www.bbc.com/news/election/2017> (Abruf am 5. Juli 2017).

Tabelle 2: Wahlbeteiligung 2017 in den Regionen des Vereinigten Königreichs

	UK	Schottland	Wales	Nordirland
Wahlbeteiligung in Prozent	68,7	66,4	68,6	65,4
Veränderung zu 2015	+2,6	-3,7	+2,9	+7,3
Wahlberechtigte	46.843.896	3.988.490	2.296.373	1.242.698

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach BBC, Election 2017, <http://www.bbc.com/news/election/2017> (Abruf am 5. Juli 2017).

Der Anstieg der Wahlbeteiligung um 2,6 Prozentpunkte geht auf eine höhere Beteiligung vor allem in Regionen zurück, in denen höher Gebildete leben beziehungsweise Menschen, die unter 45 Jahre alt sind. Es sind diese ethnisch gemischten Landesteile und Regionen, die mehrheitlich gegen den Brexit gestimmt haben. In London wuchs die Wahlbeteiligung um fünf Prozentpunkte auf siebzig Prozent, eine Größenordnung, die zuletzt 1992 erreicht worden war. Die Konservativen verloren in London sechs Sitze.¹²

12 Vgl. The Economist, Whodunnit, 17. Juni 2017, S. 28.

3. Regionale Wahlergebnisse

Der Blick auf die regionalen Ergebnisse war selten so vielsagend wie bei dieser Wahl. In Schottland wurde für die SNP ihr Kernthema, die nationale Unabhängigkeit, überraschend zum Bumerang; in Wales erlebte die Labour Party eine ungeahnte Renaissance, und in Nordirland dominierten die radikalen Nationalisten (Sinn Féin) und Unionisten (DUP). Die DUP wurde der entscheidende Faktor für die Stabilisierung der neuen Regierung unter *Theresa May*.

Tabelle 3: Das Ergebnis der Unterhauswahl 2017 in Schottland

Partei	Sitze	Veränderung zu 2015	Stimmen	Stimmenanteil (in %)	Veränderung zu 2015 (in %-Punkten)
Scottish National Party	35	-21	977.569	36,9	-13,1
Conservative Party	13	+12	757.949	28,6	+13,7
Labour Party	7	+6	717.007	27,1	+2,8
Liberal Democrats	4	+3	179.061	6,8	-0,8
Green Party	0	±0	5.886	0,2	-1,1
United Kingdom Independence Party	0	±0	5.302	0,2	-1,4
Andere	0	±0	6.921	0,3	+0,2

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach BBC, Election 2017, <http://www.bbc.com/news/election/2017> (Abruf am 5. Juli 2017).

Großer Wahlgewinner in Schottland waren die Konservativen – nicht weil sie stärkste Partei wurden, sondern weil es ihnen gelang, aus dem Ghetto auszubrechen, in das die Partei als nichtwählbare, weil dem schottischen Sozialstaatsdenken entfremdete und oberschichtnahe, aber bürgerferne Partei geraten war. Jahrzehntelang grässerte in Schottland der Witz, dass die Konservative Partei weniger Sitze in Westminster gewinnen kann, als der Zoo in Edinburgh Pandabären hat (zwei!). Diesmal waren es dreizehn, und die Konservativen gewannen nach der SNP die zweitmeisten Mandate Schottlands. Das Verdienst kommt in erster Linie der Parteivorsitzenden *Ruth Davidson* zu. *Davidson* ist bemerkenswert anders als frühere schottische Konservative Parteichefs. Sie ist redegewandt, nicht mit landadligem und (oft englischem) Public School Hintergrund, offen lesbisch (sie heiratete 2017 ihre Lebensgefährtin) und eine bodenständige Schottin mit schottischem Akzent. Ihr gelang es, das Kernthema der SNP zu einem Nachteil für die Partei zu machen. Immer wieder stellte sie heraus, dass die SNP von diesem Thema zum Schaden Schottlands „besessen“ sei. Sie knüpfte an die Grundstimmung der schottischen Bevölkerung an, die nach dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum eher in die Richtung wies abzuwarten. Unabhängigkeit war gestern, heute gehe es um Brexit und den Sozialstaat in Schottland, so die Konservative Partei.¹³ Nach dem verglichen mit 2015 deutlich geringeren Wahlsieg der SNP 2017 räumte die schottische Regierungschefin *Nicola Sturgeon* am 28. Juni im Parlament ein, dass das nächste Unabhängigkeitsreferendum nicht wie geplant 2018 auf der Tagungsordnung stünde, sondern frühestens 2019, wenn die Ergebnisse der Brexit-Verhandlungen bekannt

13 Vgl. Jochen Buchsteiner, Schottische Rebellen, in: FAZ vom 23. Mai 2017, S. 3.

Tabelle 4: Das Ergebnis der Unterhauswahl 2017 in Wales

Partei	Sitze	Veränderung zu 2015	Stimmen	Stimmenanteil (in %)	Veränderung zu 2015 (in %-Punkten)
Labour Party	28	+3	771.354	48,9	+12,1
Conservative Party	8	-3	528.839	33,6	+6,3
Plaid Cymru	4	+1	164.466	10,4	-1,7
Liberal Democrats	0	-1	71.039	4,5	-2,0
United Kingdom Independence Party	0	±0	31.376	2,0	-11,6
Green Party	0	±0	5.128	0,3	-2,2
Andere	0	±0	3.612	0,2	-0,1

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach BBC, Election 2017, <http://www.bbc.com/news/election/2017> (Abruf am 5. Juli 2017).

seien. Jetzt gehe es erst einmal darum, die Brexit-Verhandlungen der Londoner Regierung zu begleiten und dabei die schottischen Interessen geltend zu machen.¹⁴

In Wales, ihrer traditionellen Hochburg, erstarkte die Labour Party erneut. Sie gewann die siebenundzwanzigste Parlamentswahl in Folge mit fast der Hälfte der Stimmen. Trotz ihrer Stimmengewinne verloren die Konservativen drei Sitze. Kein Liberaldemokrat aus Wales ist im neuen Unterhaus vertreten. Wie in England erlebte UKIP ein Debakel. Nachdem die Konservativen sich zur Brexit-Partei gewandelt hatten, fehlte UKIP ein eigenes Thema. Der Versuch, Islamophobie zu thematisieren, die Einwanderungsdebatte zu verschärfen (Parole: one in, one out) und mit der Forderung nach einer stark verringerten Entwicklungshilfe zu punkten, ging schief.¹⁵ Nicht alle UKIP-Stimmen von 2015 endeten aber bei der Konservativen Partei. Ein beträchtlicher Teil der UKIP-Wähler aus der Arbeiterschaft kehrte in Wales wie in England zur Labour Party zurück. Eine Nachwahlstudie von *Lord Ashcroft* geht davon aus, dass circa sechzig Prozent der UKIP-Wähler von 2015 im Jahr 2017 die Konservative Partei wählten.¹⁶

Das nordirische Wahlergebnis war aus der Sicht *Theresa Mays* ideal, auch wenn die Konservativen Partei selbst, wie auch die anderen relevanten gesamtbritischen Parteien, in Nordirland nicht zur Wahl antrat. Von den 18 nordirischen Sitzen gewann die Democratic Unionist Party zehn. Hinzu kam die Wahl einer unabhängigen Unionistin (*Sylvia Hermon*) – allesamt Unterstützer der Konservativen. Gegner der Politik *Theresa Mays* sind die katholisch-nationalistischen Parteien. Sinn Féin, die größte von ihnen, gewann alle sieben restlichen Sitze. Für die Mehrheitsbildung im Unterhaus ist wichtig, dass Sinn Féin, die ein vereintes Irland anstrebt und die Londoner „Fremdherrschaft“ ablehnt, traditionell die gewonnenen Unterhaus sitze nicht wahrnimmt, also damit indirekt den Konservativen zu einer größeren Mehrheit verhilft. Die gemäßigte katholisch-nationalistische Partei SDLP (Social Democratic and Labour Party), die im Unterhaus die Opposition unterstützt hätte, verlor ihre drei Mandate.

Wie kam es zu dieser Polarisierung in Nordirland, die nur noch der radikalsten protestantisch-unionistischen Partei und der radikalsten katholisch-nationalistischen Partei den Weg

14 Vgl. Constitution Unit, a.a.O. (Fn. 8), S. 11.

15 Vgl. *Jochen Buchsteiner*, Versuche, sich wieder ins Gespräch zu bringen, in: FAZ vom 3. Juni 2017, S. 6.

16 Vgl. The Economist, a.a.O. (Fn. 12), S. 28.

Tabelle 5: Das Ergebnis der Unterhauswahl 2017 in Nordirland

Partei	Sitze	Veränderung zu 2015	Stimmen	Stimmenanteil (in %)	Veränderung (in %-Punkten)
Democratic Unionist Party	10	+2	292.316	36,0	+10,3
Sinn Féin	7	+3	238.915	29,4	+4,9
Social Democratic and Labour Party	0	-3	95.419	11,7	-2,2
Ulster Unionist Party	0	-2	83.280	10,3	-5,8
Alliance Party	0	±0	64.553	7,9	-0,6
Green Party	0	±0	7.452	0,9	±0,0
Traditional Unionist Voice	0	±0	3.282	0,4	-1,9
Andere	1	±0	29.966	3,3	-1,8

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach BBC, Election 2017, <http://www.bbc.com/news/election/2017> (Abruf am 5. Juli 2017).

in das Unterhaus ebnete? Zur Vorgeschichte der Unterhauswahl gehört das Auseinanderbrechen der nordirischen Regionalregierung im Januar 2017. Der Streit entzündete sich an der Person der Regierungschefin *Arlene Foster* (DUP). Sie hatte als Ministerin für „Enterprise and Investment“ ein Subventionsprogramm für erneuerbare Energien in der Größenordnung von 490 Millionen Pfund gestartet, mit dem sich Korruptionsvorwürfe verbanden. Der Regierungspartner Sinn Féin verlangte, dass *Foster* ihr Amt als Regierungschefin ruhen lassen sollte, bis die Vorwürfe geklärt seien, wie es in einem ähnlichen Fall schon einmal geschehen war.¹⁷ Die Regierungschefin lehnte dies ab, woraufhin der gleichberechtigte stellvertretende nordirische Ministerpräsident *Martin McGuiness* (Sinn Féin) im Januar 2017 zurücktrat.

Das Karfreitagsabkommen und seine Folgeabkommen (zuletzt „A Fresh Start“, 2015) basieren auf einer politischen Vereinbarung nicht nur der nordirischen Parteien, sondern auch des Vereinigten Königreichs und der Republik Irland. Diese Vereinbarung sieht zwingend eine Allparteienregierung (power-sharing) in Nordirland vor. Als Sinn Féin die Regierung verließ, waren Neuwahlen unumgänglich geworden. Diese fanden am 2. März 2017 statt und nahmen die Polarisierung bei den UK-Wahlen im Juni voraus. DUP und Sinn Féin erreichten fast identische Mandatszahlen (28 und 27). Eine Regierungsbildung gelang nicht, denn Sinn Féins Forderungskatalog wurde von *Arlene Foster* abgelehnt.

Die Position der DUP verbesserte sich in Nordirland, nachdem *Theresa May* die Unterstützung der Partei für parlamentarische Mehrheiten in Westminster brauchte. Es ist bemerkenswert, dass es der Premierministerin nicht gelang, ja dass sie es nicht einmal versuchte, ihre Verantwortung hinsichtlich des Zustandekommens einer Regionalregierung in Nordirland wahrzunehmen. In den Verhandlungen über ein Unterstützungsabkommen der DUP mit der Konservativen Partei war diese Verpflichtung, die die Regierung des Vereinigten Königreichs auch gegenüber der Republik Irland hat, kein Thema. Fristen für die Regierungsbildung in Nordirland wurden vom Londoner Nordirlandministerium ständig verlängert. Als das Abkommen zwischen Konservativer Partei und DUP am 26. Juni 2017 unterzeichnet wurde, war die Möglichkeit einer Regierungsbildung in Nordirland noch immer in weiter Ferne.

17 Vgl. Roland Sturm, Das politische System Großbritanniens, Wiesbaden 2017, S. 100.

4. Der Wahlkampf

Der Wahlkampf für die Unterhauswahlen war besonders kurz, auch weil er zweimal durch Terroranschläge in Manchester am 22. Mai 2017 und in London am 3. Juni 2017 unterbrochen wurde. Bemerkenswerterweise suchten die Wähler in Fragen der inneren Sicherheit bei den Konservativen keine Lösung – im Gegenteil. *Theresa May* wurde von ihren politischen Gegnern vorgehalten, dass sie als Innenministerin verantwortlich war für den Abbau von 20.000 Stellen bei der Polizei. Die Bedrohung der inneren Sicherheit des Landes und die von der Labour Party immer wieder angesprochenen sozialen Fragen gewannen im Wahlkampf ein unerwartetes Gewicht und nahmen dem EU-Austritt, den die Konservativen zum zentralen Wahlkampfthema machen wollten, einiges an Bedeutung.

Die Strategie der Konservativen war es, sowohl frühere Labour-Wähler mit Neigung zum Brexit zu überzeugen, konservativ zu wählen¹⁸, als auch das Wählerpotential von UKIP für sich zu gewinnen. Als Symbol für die Hinwendung der Konservativen Partei zu früheren Labour-Wählern war zu verstehen, dass das Wahlprogramm nicht in London vorgestellt wurde, sondern in der Labour-Hochburg West Yorkshire in einer Fabrikhalle in Halifax. Mit der Hinwendung zur „working class“ geht die Wiederentdeckung des Staates durch die Konservativen einher und die Abkehr von den Auswüchsen des „Neoliberalismus“, vom „cult of selfish individualism“.¹⁹ Im Wahlprogramm heißt es dazu unter anderem: „We need to do much more to support millions of people who live in ordinary working families.“²⁰ Ziel der Konservativen sei die „Great Meritocracy“ – „a fairer Britain which works for everyone, not just a privileged few.“²¹ Diese Strategie wurde von *Theresa May* Berater *Nick Timothy* in Zusammenarbeit mit dem Wahlstrategen *Sir Lynton Crosby* entworfen, der auch schon den Wahlsieg von *David Cameron* gemanagt hatte.²² Ein Erdutschsieg schien möglich. Die YouGov-Umfrage, die die Times in der zweiten Aprilwoche veröffentlichte, sah die Konservativen bei 44 Prozent, Labour bei 23 Prozent, die Liberaldemokraten bei zwölf und UKIP bei zehn Prozent. Bei einem direkten Vergleich der Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien gaben in einer etwa zeitgleichen Umfrage von Opinium für den Observer vierzehn Prozent der Befragten an, sie würden *Jeremy Corbyn* gern als Premierminister sehen, während sich für *Theresa May* 47 Prozent aussprachen.²³ Ziel der Konservativen war es, das Thema Brexit zu personalisieren. Das Vereinigte Königreich könne nur dann erfolgreich in Brüssel verhandeln, wenn es auf eine „strong and stable leadership“ durch die Premierministerin vertrauen könne.

18 Vgl. Bagehot, Blue-collar Toryism, in: The Economist vom 3. Juni 2017, S. 30.

19 Vgl. *Marcus Theurer*, Liberal war gestern, in: FAZ vom 3. Juni 2017, S. 21; *Martin Wolf*, Conservatism buries Reagan and Thatcher, in: Financial Times vom 24. Mai 2017, S. 11; „The state is back“, in: The Economist vom 20. Mai 2017, S. 22; *George Parker / Jim Pickard / Robert Wright*, May Rejects ‘Cult of Selfish Individualism’ as Conservatives Target Traditional Labour Voters, in: Financial Times vom 19. Mai 2017, S. 3.

20 The Conservative and Unionist Party Manifesto 2017, a.a.O. (Fn. 5), S. 49.

21 Ebenda, S. 5, S. 47 ff.

22 Vgl. *Roland Sturm*, Das Land gespalten und auf dem Weg aus der EU? Die britischen Parlamentswahlen vom 7. Mai 2015, in: ZParl, 46. Jg. (2015), H. 3, S. 475 – 493, S. 485. Diesmal musste sich *Lynton Crosby* in Strategiefragen unterordnen und hatte keinen Einfluss auf das Wahlprogramm. Vgl. *Jochen Buchsteiner*, Alles nur eine Frage der Zeit, in: FAZ vom 12. Juni 2017, S. 3.

23 Daten nach *George Parker*, May Seeks Mandate after Polls Show Opportunity Looks too Good to Miss, in: Financial Times vom 19. April 2017, S. 2.

Frühere Labour-Wähler, eine neue Zielgruppe der Wahlkämpfer der Konservativen Partei, wurden durch Wahlkampffehler abgeschreckt, so dass die im Wahlprogramm der Konservativen²⁴ angekündigte Hinwendung zu der Gruppe in der Gesellschaft, die sich gerade so noch durchs Leben schlagen kann, den Jams (denjenigen, die „just about manage“), wenig glaubhaft erschien. Die Idee des Wahlprogramms²⁵, dass jeder Mensch, der Pflege braucht, sein eigenes Vermögen bis zum Restbetrag von 100.000 Pfund einsetzen soll, rief Entsetzen hervor, weil dabei auch erstmals der Wert des eigenen Hauses eingerechnet werden sollte. Besonders chronisch Kranke hätten so in ihrer Not auch noch ihre Wohnung verlieren können, weshalb diese Idee im Wahlkampf von den anderen Parteien als „Demenzsteuer“ gebrandmarkt wurde. Vier Tage nach der Bekanntmachung des Wahlprogramms der Konservativen distanzierte sich *Theresa May* von dieser Idee. Ihre Behauptung „nothing has changed“ machte den Fehler noch schlimmer. Übrigens sollte die Pflege auch durch Kürzungen der Winterheizhilfe für Bedürftige mitfinanziert werden, was sich die Konservativen nach der Wahl von der DUP abverhandeln ließen.²⁶ Die inhaltliche Wende in der Pflegepolitik war die zweite der Premierministerin, nachdem sie schon angekündigte Steuererhöhungen für Selbständige zurückgenommen hatte.

Die Labour Party ignorierte die Brexit-Fragen weitgehend, auch weil der Parteivorsitzende *Corbyn* persönlich eine Geschichte als EU-Gegner hat und weil man EU-skeptische Anhänger nicht durch einen Anti-Brexit Kurs verprellen wollte. Die Partei konzentrierte sich im Wahlkampf auf soziale Fragen. Ihr halfen auch die wachsende Ablehnung der Austeritätspolitik in der Bevölkerung und die Neigung zum Protest gegen als ungerecht empfundene Zustände.²⁷ Nicht immer machte *Jeremy Corbyn* bei Detailfragen eine gute Figur. Als er in einer Radiosendung nach den Kosten seines Kinderbetreuungsprogramms gefragt wurde, fiel ihm die Zahl nicht ein, und die Nachfragen der Moderatorin brachten ihn ins Stottern. Insgesamt holte er in den Beliebtheitswerten gegenüber der Premierministerin dennoch kontinuierlich auf.²⁸ Für die zahlreichen Zusagen zum Ausbau des Sozialstaats sollten nach dem Programm der Labour Party nur die fünf Prozent Spitzenverdiener zahlen; auch der Unternehmenssteuersatz sollte leicht erhöht werden. Für die Infrastrukturentwicklung war ein „National Transformation Fund“ vorgesehen, der 250 Milliarden Pfund über einen Zeitraum von zehn Jahren zur Verfügung stellen sollte.²⁹ Angekündigt wurde die Verstaatlichung von Post und Bahn. Sogar die Bekämpfung von „Einsamkeit“ wurde in Aussicht gestellt.³⁰

Die Labour Party zog mehr als alle anderen Parteien Jungwähler an, für die *Jeremy Corbyn* auch eine Art britischer *Bernie Sanders* war. Ihnen gab die Wahl vor allem Gelegenheit zu zeigen, dass sie mit *Theresa Mays* Brexit-Kurs nicht einverstanden sind. Hinzu kam das Versprechen Labours, die Studiengebühren abzuschaffen³¹, deren Umfang inzwischen von einer ganzen Generation als bedrohlich und bedrückend empfunden wird. Die Wahlbetei-

24 Vgl. The Conservative and Unionist Party, a.a.O. (Fn. 5), S. 49.

25 Vgl. ebenda, S. 65.

26 Vgl. „The four-day manifesto“, in: The Economist vom 27. Mai 2017, S. 27; *George Parker / Mark Odell*, May Backs Down on UK ‘Dementia Tax’, in: Financial Times vom 23. Mai 2017, S. 2.

27 Vgl. *Janan Ganesh*, May’s Hubris Robs Britain of Stability, in: Financial Times vom 10./11. Juni 2017, S. 11.

28 Vgl. *Jochen Buchsteiner*, Kehrtwenden und Aussetzer, in: FAZ vom 31. Mai 2017, S. 5.

29 Vgl. The Labour Party Manifesto 2017, For the Many, Not the Few, London 2017, S. 9 ff.

30 Vgl. ebenda, S. 68.

31 Vgl. ebenda, S. 43.

ligung bei Jungwählern (18 bis 24 Jahre) stieg von 43,0 (2015) auf 57,0 Prozent (2017); 63 Prozent der 18- bis 29-Jährigen wählten nach den Daten von YouGov Labour.³² Ihre Mobilisierung wurde über die sozialen Medien betrieben. Zum einen wurde versucht, Jungwähler über die Labour-Bewegung „Momentum“³³ an die Partei zu binden. Zum anderen wurde die direkte Ansprache gesucht: Labour erreichte in den letzten Tagen vor der Wahl 464 Wahlkreise, die Konservativen auf elektronischem Wege nur 205. Labour-Videos enthielten direkte Hinweise, wie man sich für die Wahl registrieren lassen konnte.³⁴

In den traditionellen Print-Medien herrschten die alten Loyalitäten vor.³⁵ Nur der Economist änderte seine Wahlempfehlung, gab die Unterstützung der Konservativen Partei auf und stellte sich hinter die Liberaldemokraten. Im Fernsehen wurde eine Reihe von Befragungen der Kandidaten gezeigt, aber nur ein Duell aller Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten am 31. Mai 2017. Die Premierministerin weigerte sich, an einem solchen Streitgespräch teilzunehmen.³⁶ Daraufhin sagte auch *Corbyn* ab, aber kurz vor der Sendung doch wieder zu – ein kluger Schachzug, wie sich zeigte. Es diskutierten zudem *Tim Farron* (Liberaldemokraten), *Amber Rudd* (Konservative Partei), *Paul Nuttall* (UKIP), *Angus Robertson* (SNP), *Caroline Lucas* (Green Party) und *Leanne Wood* (Plaid Cymru). Einen klaren Sieger der Debatte gab es nicht, aber die Abwesenheit der Premierministerin wurde zum running gag der Veranstaltung.³⁷

5. Die Regierungsbildung

Die Regierungsbildung ging von außen gesehen seinen gewohnten Gang. Am Morgen des 9. Juni 2017, dem Tag nach der Wahl, fuhr die Premierministerin zur Audienz bei der Queen in den Buckingham Palast, um sich erneut zur Regierungschefin ernennen zu lassen. Ungewöhnlich war aber mindestens zweierlei: Zum einen hielt sich lange Zeit in den Medien das Gerücht, *Theresa May* würde zurücktreten. Nur die Unterstützung aller wichtigen Parteivertreter am Morgen des 9. Juni, die Neuwahlen ebenso fürchteten wie einen Wahlsieg *Jeremy Corbys*, konnte sie überzeugen zu bleiben. Zum anderen fuhr eine Premierministerin zur Queen, die der Öffentlichkeit verkündet hatte, sie würde mit Hilfe der DUP regieren, ohne dass eine entsprechende Vereinbarung vorlag. *Theresa May* und *Arlene Foster* hatten telefoniert. Die Premierministerin machte sich dadurch für die DUP noch erpressbarer, als es ihre Minderheitsregierung ohnehin schon war, denn ein Scheitern der Verhandlungen mit der DUP war nun nahezu ausgeschlossen.

32 Nach *Alex Therrien*, General election 2017: What caused Labour's youth vote surge?, in: BBC News online vom 16. Juni 2017, www.bbc.com/news/uk-politics-40244905 (Abruf 16. Juni 2017); The Economist, a.a.O. (Fn. 12), S. 28.

33 Momentum wurde 2015 zur Unterstützung *Jeremy Corbys* gegründet. Die Bewegung ist innerhalb der Labour Party verankert und hatte 2017 circa 31.000 Mitglieder in 170 Ortsgruppen. Vgl. die Website www.peoplesmomentum.com/ (Abruf am 16. Oktober 2017).

34 Vgl. ebenda.

35 Vgl. *Roland Sturm*, a.a.O. (Fn. 22), S. 490.

36 Vgl. *George Parker / Jim Pickard*, UK Premier Ducks Live TV Debate with Rival as Polls Tighten, in: Financial Times vom 1. Juni 2017, S. 3.

37 Nach der Veranstaltung prägte in der Fernsehberichterstattung die Labour-Abgeordnete *Angela Rayner* in Anlehnung an *Margaret Thatchers* Aussage über sich selbst: „The lady is not for turning“ (also: ich bin prinzipienfest) den ironischen Satz zu *Theresa May*: „This prime minister is for turning (bei der Demenzsteuer), but not for turning up.“

An eine große Kabinettsumbildung war in der Eile und angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse nicht zu denken. Die Schuld an dem Verlust der absoluten Mehrheit übernahm *Theresa May* am 12. Juni 2017 mit folgenden Worten vor der Parlamentsfraktion der Konservativen: „I got us into this mess and I'm going to get us out of it.“³⁸ Ihre Fähigkeiten, diese Führungsaufgabe wahrzunehmen, wurden aber deutlich beschnitten. Sie war es gewohnt, mit einem kleinen, nach außen abgeschlossenen „Küchenkabinett“ aus langjährigen Vertrauten zu regieren. Diese wurden zum „Bauernopfer“ für die Wahlniederlage. *May* verlor ihre engsten Berater *Nick Timothy* und *Fiona Hill*. Beide traten am 17. Juni 2017 von ihren Ämtern zurück. Der Abgeordnete *Gavin Barwell* wurde neuer Stabschef in Downing Street 10. *Damian Green*, ein überzeugter EU-Anhänger und ihr enger Vertrauter, ernannte die Premierministerin zum „first secretary of the state“, also zu ihrem Stellvertreter.

Eine formelle Koalitionsregierung wurde weder von der Konservativen Partei noch von der DUP angestrebt. Letztere erregte als Partner bei den Konservativen Unbehagen, insbesondere wegen ihrer Haltung in Moralfragen wie der Ablehnung von Abtreibung und der gleichgeschlechtlichen Ehe (beides in Nordirland als einzigm Teil des United Kingdom nicht erlaubt). Die schottische Vorsitzende der Konservativen Partei, *Ruth Davidson*, zwang *Theresa May*, öffentlich zu erklären, dass ein Pakt der Konservativen mit der DUP nichts an den Regelungen für die gleichgeschlechtliche Ehe in Großbritannien ändern würde. Erst am 26. Juni 2017 wurde von den Konservativen das Unterstützungsabkommen mit der DUP unterzeichnet. Der Preis dieser Art der Regierungsbildung ist enorm hoch.³⁹

Die wichtigsten Bestimmungen sind: (1) Die DUP unterstützt die Regierung im Parlament bei allen Vertrauensfragen, bei der Abstimmung über die Thronrede (Regierungsprogramm), beim Haushalt, bei allen Gesetzen, die Einnahmen oder Ausgaben betreffen, bei Brexit-Entscheidungen und bei der Gesetzgebung zur nationalen Sicherheit. Bei allen anderen Gesetzesvorhaben der Regierung behält die DUP freie Hand. (2) Umgesetzt und überwacht wird diese Vereinbarung durch einen Koordinierungsausschuss, dem die Regierung vorsitzt. Dieser Ausschuss stellt der DUP für einen Zeitraum von zwei Jahren einen Betrag von 1,56 Milliarden Pfund zur Verfügung, eine Milliarde davon ist neues Geld für Nordirland. Dazu, wie das Geld verteilt werden soll, wie es an eine nordirische Regierung gelangt, die es auf absehbare Zeit nicht gibt, erfährt man nichts. Man kann nur vermuten, dass die DUP Devolution in Nordirland lieber beendet sehen möchte, um ihre politischen Präferenzen mit Hilfe der Direktregierung durch den Londoner Nordirlandminister durchzusetzen. Sicher ist, dass diese Beträge das Finanzgefüge der Devolution insgesamt, die ja auch Schottland und Wales umfasst, erschüttert und Fragen aufwirft, wie der britische Haushalt, der eine Sparpolitik mit Ziel des Haushaltshaushalts fährt, diesen Betrag aufbringen kann. Bedrohlich ist auch die Idee, dass die DUP nach zwei Jahren weitere Zahlungen verlangen kann. (3) Bei ihrer Austeritätspolitik musste die Regierung weitreichende Zugeständnisse an die DUP machen. Der sogenannte „triple lock“⁴⁰ für Renten, den die Konservativen

38 Zitiert nach *George Parker*, Braced for the Fall, in: Financial Times vom 5. Juli 2017, S. 7.

39 Vgl. Prime Minister's Office, Agreement between the Conservative and Unionist Party and the Democratic Unionist Party on Support for the Government in Parliament", in: Gov.uk vom 26. Juni 2017, <https://www.gov.uk/government/publications/conservative-and-dup-agreement-and-uk-government-financial-support-for-northern-ireland/agreement-between-the-conservative-and-unionist-party-and-the-democratic-unionist-party-on-support-for-the-government-in-parliament> (Abruf am 27. September 2017).

40 Das Triple lock-Versprechen, also die Dreifachgarantie für den Werterhalt der Rente, stammt aus dem Wahlprogramm der Konservativen Partei von 2015. Konkret garantiert wird eine Rentener-

abschaffen wollten, muss beibehalten werden, ebenso die Winterheizhilfe. (4) Das Abkommen betont, dass der DUP keine Sonderrolle in Nordirland zukomme – genau dies glauben allerdings Sinn Féin und die Republik Irland, aber auch der frühere konservative Premierminister *John Major* gerade nicht.⁴¹ Die Sonderrolle der DUP erschwert Verhandlungen über die Neubildung einer nordirischen Regierung.

Die Regierungserklärung der neuen Regierung *May*, „the Queen's Speech“⁴², konnte mit zwei Tagen Verspätung am 21. Juni 2017 im Oberhaus präsentiert werden. Ihr Programm wurde nicht wie üblich für ein Jahr, sondern für zwei Jahre verkündet. Die Premierministerin hatte die „Demenzsteuer“ und die Wiedereinführung von „Grammar Schools“ (Gymnasien) aus dem Programm genommen, Sparsmaßnahmen weggelassen und das Datum für den Haushaltsausgleich auf die Mitte der 2020er Jahre verschoben. Am 29. Juni 2017 bestand die Vereinbarung der Konservativen Partei mit der DUP ihren ersten Test: 323 Abgeordnete stimmten für das Regierungsprogramm *Theresa Mays*, 309 dagegen.

6. Lehren aus der Unterhauswahl 2017

Die Wahl 2017 bot eine Reihe von Überraschungen:

(1) Am meisten überrascht war sicherlich *Theresa May* selbst. Statt gestärkt aus der Wahl hervorzugehen, verspielte sie ihre absolute Mehrheit im Parlament. Statt „strong and stable leadership“ zeigen zu können, wurde sie zur „lame duck“ oder, wie es der frühere konservative Schatzkanzler, *George Osborne*, ausdrückte: „She is a dead woman walking and the only question is how long she remains on death row.“⁴³ Es ist schwieriger geworden, das Land zu regieren und die Konservative Partei zusammenzuhalten. Rivalen werden bereits hinter den Kulissen gehandelt. Der rasche Beginn der Brexit-Verhandlungen nach der Wahl erzeugte vorübergehende Loyalität mit der Premierministerin, die allerdings nicht mehr durch die „eiserne Hand“ der Premierministerin erzwungen werden kann – zumal ihre Regierungsfähigkeit auf einem Deal mit der DUP beruht, der keine Begeisterung weckt. So warnte der frühere konservative Premierminister *John Major*, dass die Regierung dadurch die Position der DUP als neutraler Vermittler im Nordirlandkonflikt aufgabe.⁴⁴ In der Financial Times wurde die Lage nach der Regierungsbildung treffend zusammengefasst: „Faced with implacable opponents in Brussels, a breakdown in cabinet discipline and a party torn over Europe, one can now see why Ms May hoped to maintain the iron control that would have come with her ex-

höhung von jährlich 2,5 Prozent oder in Höhe der Inflationsrate oder in Höhe des Wachstums des Durchschnittseinkommens, wobei immer die größte Wertsteigerung von diesen drei Möglichkeiten genommen wird.

41 Vgl. auch *Jonathan Powell*, This Sordid Deal has Serious Implications, in: Financial Times vom 12. Juni 2017, S. 8. *Jonathan Powell* war „chief government negotiator on Northern Ireland“ von 1997 bis 2007.

42 Cabinet Office / Prime Minister's Office, Queen's Speech 2017, in: Gov.uk vom 21. Juni 2017, <https://www.gov.uk/government/speeches/queens-speech-2017> (Abruf am 27. September 2017).

43 Zitiert nach *George Parker*, May Faces Showdown after Being Labelled ‚Dead Woman Walking‘, in: Financial Times vom 12. Juni 2017, S. 1.

44 Vgl. *Robert Wright* / *John Murray*, Former PM Urges May to Shun Deal with Northern Ireland Party, in: Financial Times vom 14. Juni 2017, S. 2.

pected ‚stronger mandate‘ on June 8. Instead she must try to hold it all together and deliver Brexit – a policy she initially opposed – as her last gift to a party counting down the days to the moment when it can finally oust her.”⁴⁵

- (2) Das Ende des britischen Zweiparteiensystems wird schon seit Jahrzehnten mit Recht festgestellt. Immer mehr Kandidaten und Parteien bewerben sich in den Wahlkreisen. Die Wähler geben auch weniger aussichtsreichen Parteien ihre Stimme, wie den Grünen, die ihren Wahlkreis mit Sitz im Unterhaus (Brighton Pavilion) nicht nur verteidigten, sondern hier sogar ihren Vorsprung ausbauen konnten. Auch wenn die Fragmentierung des britischen Parteiensystems bei der Wahl 2017 nicht verschwand, zeigte sich so etwas wie eine Renaissance der Volksparteien. Labour und Konservative erreichten vierzig Prozent und mehr der Wählerstimmen. Fragmentierung der Parteienlandschaft und Bündelung der Wählerstimmen scheinen sich nicht auszuschließen.
- (3) Kritisch ist auch die Rede von der stetig sinkenden Wahlbeteiligung zu sehen. Diese wuchs gerade unter den Jungwählern. Wenn Wahlen aus der Normalität ausbrechen, polarisieren und die Zivilgesellschaft mobilisieren, gehen wieder mehr Menschen zur Wahl. Besonders die Labour Party mit einem *Jeremy Corbyn*, der sich auf dem Glastonbury Musikfestival feiern lassen kann und eine eigene politische Bewegung (Momentum) hinter sich hat, konnte 2017 die Wahl zu einem „event“ werden lassen.
- (4) Im Wahlkampf spielten die ökonomischen Folgen des Brexit kaum eine Rolle.⁴⁶ Es bewahrheitete sich auch, dass auf der Prioritätenliste der Wähler das Thema „EU“ nicht an erster Stelle steht.⁴⁷ Der Vorschlag im Wahlprogramm der Liberaldemokraten⁴⁸, nach den Brexit-Verhandlungen auch die Option des Verbleibs in der EU in einem Referendum wieder anzubieten, spielte im Wahlkampf keine Rolle. Nach der Wahl werden neue Fragen an den Brexit gestellt. Die Befürworter eines harten Brexit, also eines EU-Austritts zur Not auch ohne Verhandlungsergebnis mit Brüssel, scheinen geschwächt. Dreizehn schottische Konservative, mehr Abgeordnete als die DUP zur Stabilisierung der Regierung beiträgt, fühlen sich beauftragt, für einen weichen Brexit zu sorgen, da Schottland mehrheitlich gegen den Austritt stimmte. Auch die DUP möchte eine geschlossene Grenze zur Republik Irland als Folge des Brexit vermeiden. *Theresa May* hat sich politisch aber noch nicht bewegt. Der britischen Regierung läuft die Zeit davon, und nach der Wahl ist keine Verhandlungsstrategie gegenüber der EU erkennbar. Eine Annäherung an die Gegner eines harten Brexit in der eigenen Partei und darüber hinaus in den anderen Parlamentsparteien böte sich an; die Furcht vor einem Aufstand der Befürworter eines harten Brexit in der konservativen Parlamentsfraktion bremst aber die Kreativität der Premierministerin, denn im Wahlprogramm der Konservativen Partei hieß es noch: „We continue to believe that no deal is better than a bad deal for the UK.“⁴⁹

45 *George Parker*, a.a.O. (Fn. 43).

46 Vgl. „Britain’s Missing Election Debate on the Economy“, in: Financial Times vom 7. Juni 2017, S. 8.

47 Vgl. *Bill Emmott*, The Tories Have Misjudged the So-Called Brexit Election, in: Financial Times vom 8. Juni 2017, S. 9.

48 Vgl. Liberal Democrat Manifesto 2017, Change Britain’s Future, London 2017, S. 10.

49 The Conservative and Unionist Party Manifesto 2017, a.a.O. (Fn. 5), S. 36.